

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Datum
01.06.2012
Ausschussbetreuender Fachbereich
Bildung, Kultur, Schule und Sport
Schriftführung
Petra Weymans
Telefon-Nr.
02202-142554

Niederschrift

Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport
Sitzung am Dienstag, 13.03.2012

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr - 18:48 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

A Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -**
- 3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport**
 - a) am 29.11.2011**
 - b) am 31.01.2012****- öffentlicher Teil -**
0130/2012
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**

- 5 **Mitteilungen des Bürgermeisters****
- 6 **Jugend musiziert****
0102/2012
- 7 **Schulentwicklung Sekundarstufen****
0120/2012
- 7.1 **Festlegung der Platzzahlen im Außerunterrichtlichen Angebot an den Offenen Ganztagsgrundschulen für die Schuljahre 2012/13 und 2013/14****
0081/2012
- 8 **Haushalt 2012/2013****
0129/2012
- 9 **Aufhebung der HSK Maßnahme 4.450.3 "Übertragung der Trägerschaft für die Galerie Villa Zanders"****
0112/2012
- 10 **Abschluss einer Vereinbarung mit der NRW Stiftung zur Nutzung des Anbaus am Schulmuseum Katterbach****
0113/2012
- 11 **Annahme einer Schenkung****
0133/2012
- 12 **Anträge der Fraktionen****
- 12.1 **Antrag der Fraktion Die Linke/BfBB zur "Durchführung einer Befragung zum Elternwillen und Bedarf von Gesamtschulen und die Auswirkungen der Schulempfehlungen"****
0132/2012
- 12.2 **Antrag der Fraktion KIDitiative zur Schulentwicklung****
0146/2012
- 12.3 **Antrag der Fraktion KIDitiative zu den Schulformen****
0147/2012
- 13 **Anfragen der Ausschussmitglieder****

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Miede eröffnet um 17.00 Uhr die Sitzung.

Herr Miede schlägt zunächst vor, die nachgesandte Vorlage „Festlegung der Platzzahlen im Außerunterrichtlichen Angebot an den Offenen Ganztagsgrundschulen für die Schuljahre 2012/13 und 2013/14“ (Vorlage Nr. 0081/2012) nach dem Tagesordnungspunkt A7 als A 7.1 zu behandeln. Die Mitglieder des Ausschusses zeigen sich mit diesem Vorschlag einvernehmlich einverstanden.

Herr Dr. Miede begrüßt sodann die Mitglieder des Ausschusses, die Vertreter der Kirchen und Verbände, die Vertreter der Verwaltung, die Presse und die Gäste, stellt die ordnungsgemäße und rechtzeitige Einberufung des Ausschusses und die fehlenden Ausschussmitglieder (siehe Anwesenheitsliste) fest.

Herr Dr. Miede schlägt ferner vor, den Antrag der FDP-Fraktion, der vor der Sitzung verteilt wurde, bei TOP A7 mit zu behandeln. Seitens der Ausschussmitglieder wird hierzu kein Widerspruch geäußert.

Herr Dr. Kerschner stellt den Antrag, die Anträge der KIDinitiative zur Struktur der städtischen Schullandschaft (Vorlage Nr. 0146/2012) und der Vorlage von Varianten zum Schulentwicklungsplan (Vorlage Nr. 0147/2012) vor TOP A7 zu behandeln. Die KIDinitiative sei der Auffassung, ihre Anträge würden grundsätzliche Entscheidungen beinhalten, die auch das Entscheidungsverhalten für den TOP A7 betreffen könnten. Auch hierzu wird seitens der Ausschussmitglieder kein Widerspruch geäußert.

Herr Dr. Miede tritt in die Tagesordnung ein.

2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird vom Ausschuss einstimmig genehmigt.

3. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport a) am 29.11.2011 b) am 31.01.2012 - öffentlicher Teil - 0130/2012

Der Durchführungsbericht wird vom Ausschuss zur Kenntnis genommen.

4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Der Ausschussvorsitzende macht keine Mitteilungen.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Dr. Speer trägt folgende Mitteilungen vor:

- Herr Dr. Speer listet zunächst alle nachgesandten bzw. als Tischvorlage ausgeteilten Unterlagen auf.
- In der Sitzung des Ausschuss für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann am 01.03.2012 sei die Verwaltung gebeten worden, die Möglichkeit zu prüfen, die kulturellen Einrichtungen Bergisch Gladbachs an einem „unattraktiveren“ Tag in der Woche grundsätzlich für alle Bergisch Gladbacher kostenlos zu öffnen. Der ABKSS habe bereits in seiner Sitzung am 29.11.2011 den freien Eintritt in den städtischen Museen am ersten Donnerstag im Monat für die Bergisch Gladbacherinnen und Bergisch Gladbacher (Wohnbevölkerung) beschlossen. Ebenso sei der Eintritt am internationalen Museumstag frei.
- Es sei in einem Presseartikel eine mögliche Zusammenarbeit mit der Gemeinde Odenthal bzgl. Schule erwähnt worden. Derzeit habe aber noch keine offizielle Kontaktaufnahme stattgefunden. Diese sei auch abhängig von der Entscheidung des Ausschusses zu TOP A7, Ziffer 3.
- Frau Lehnert habe in der letzten Ausschusssitzung zur „Schulschwänzer-Problematik auf das Projekt im Oberbergischen Kreis hingewiesen. Dort arbeite man mit einem privatem Unternehmen, der Sozialraummanagement GbR, zusammen. Nach den Recherchen des Fachbereichs 5 übernehme diese GbR bestimmte Aufgaben und verdiene damit ihr Geld. Der Fachbereich 5 sei der Auffassung, dass er über das Projekt Schulsozialarbeit unter Einbeziehung der Förderung nach den Hartz-4-Gesetzen besser den Jugendlichen helfen könne, als wenn er dies an einen privaten Träger gebe.

Frau Lehnert möchte noch gerne wissen, ob denn der Fokus auch auf diese Problematik der Schulschwänzer gelegt werde. Dies sei ihr Anliegen gewesen.

Herr Dr. Speer verspricht, dies an Herrn Buhleier weiterzugeben.

6. Jugend musiziert *0102/2012*

Herr Dr. Mieke gratuliert der Musikschule und ihren Schülerinnen und Schülern für ihre hervorragenden Leistungen.

Er begrüßt die junge Pianistin Edith Faust (10 Jahre) und den jungen Pianisten Jakob Tewinkel (11 Jahre) und bittet sie, ihr vierhändiges Klavierstück vorzutragen. Beide haben beim Regionalwettbewerb „Jugend musiziert“ einen 1. Preis mit Weiterleitung zum Landeswettbewerb erhalten.

7. **Schulentwicklung Sekundarstufen**
0120/2012

Herr Dr. Miede erläutert zunächst, der Ausschuss habe im März 2011 beschlossen, die Diskussion zum Schulentwicklungsplan auf das Frühjahr 2012 zu verschieben. Die Verwaltung habe den Auftrag gehabt, in der Zwischenzeit Berichte und Darlegungen für die Beratung zur Verfügung zu stellen, auf Grund derer der Ausschuss eingehend und sinnvoll beraten könne. Der Ausschuss habe diese Vorlage erst am 03. März 2012 für die heutige Sitzung erhalten. Er persönlich sei der Auffassung, dass in dieser kurzen Zeit auf Grund der vielen Fragen und Unklarheiten eine sinnvolle Behandlung mit abschließender Entscheidung nicht möglich sei. Er beantrage daher für die SPD-Fraktion die Beschlussfassung zu Ziffer 1 und 2 des Beschlussvorschlages auf den Juni zu vertagen. Über die Ziffer 3 des Beschlussvorschlages solle beraten und abgestimmt werden.

Herr Dr. Miede stellt den Antrag zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport beschließt einstimmig bei keiner Enthaltung, die Beschlussfassung zur Ziffer 1 und 2 des Beschlussvorschlages zu vertagen.

Herr Dr. Miede weist auf die drei vorab gestellten Anträge der Fraktion DIE LINKE./BfBB und der KIDinitiative zu diesem Thema hin, die an sich vor dem Tagesordnungspunkt A7 zu behandeln gewesen wären.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB (Vorlagen Nr. 0132/2012, TOP A 12.1) zur Durchführung einer Elternbefragung sei seines Erachtens nach auch Inhalt der Ziffer 3 des Beschlussvorschlages. Er schlage vor, diesen Antrag zusammen mit der Abstimmung zu Ziffer 3 zu behandeln.

Herr Klein zeigt sich mit diesem Vorgehen einverstanden.

Herr Dr. Miede findet, der Antrag der KIDinitiative zur Schulentwicklung (Vorlage Nr. 0146/2012, TOP A 12.2) sei auch in dem Punkt 4 (Seite 22-24) der Vorlage enthalten. Er fragt, ob Herr Dr. Kerschner über diesen Antrag abstimmen lassen möchte.

Herr Dr. Kerschner erläutert seinen Antrag. Die KIDinitiative habe im März letzten Jahres die Verwaltung gebeten, eine Entscheidungsvorlage mit mehreren Optionen sowie ihren Vor- und Nachteilen vorzulegen. Dies solle mit diesem Antrag noch einmal verdeutlicht werden. Gewünscht würden mehrere Optionen nebeneinander, um eine Entscheidung treffen zu können. Vielleicht stelle sich dabei heraus, dass die zweitbeste Option die Beste sei.

Herr Dr. Miede stellt den Antrag der KIDinitiative zur Schulentwicklung (Vorlage Nr. 0146/2012) zur Abstimmung.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport nimmt einstimmig bei keiner Enthaltung den Antrag der KIDinitiative an.

Herr Dr. Miede schlägt vor, den Antrag der KIDinitiative auf Fassung eines Grundsatzbeschlusses zur Struktur der städtischen Schullandschaft (Vorlage Nr. 0147/2012, TOP A 12.3) im Rahmen der gemeinsamen Beratung zu behandeln und ihn jetzt von der Tagesordnung abzusetzen.

Herr Mömkes findet es ebenfalls nicht sinnig, jetzt über diesen Antrag zu entscheiden, bevor die Ergebnisse der Elternbefragung vorliegen. Er bitte deshalb die KIDinitiative, den Antrag bis zu diesem Zeitpunkt zurückzustellen.

Herr Dr. Kerschner erläutert den Grund für diesen Antrag. Die KIDitiativie möchte gerne unabhängig vom Elternwillen von den Mitgliedern des Ausschusses wissen, welche Meinung diese hätten. Hier werde das Meinungsbild der Fraktionen erfragt. Welche Fraktion befürworte welchen Schultyp. Wenn z.B. eine zweite Gesamtschule politisch nicht gewollt sei, brauche man auch nicht weiter darüber zu diskutieren.

Frau Lehnert erklärt, zunächst sei der Elternwille zu erfragen. Sie würde hier ungern eine Entscheidung vorweg nehmen.

Herr Mömkes schließt sich den Worten von Frau Lehnert an. Die Fraktion werde sich keine Meinung zu einer Schulform bilden, solange der Elternwille nicht bekannt sei. Dies mache keinen Sinn.

Herr Dr. Fischer plädiert ebenfalls dafür, diesen Antrag nicht jetzt zu beschließen. Er beantrage, den Antrag bis nach der Elternbefragung zu vertagen. Danach erst sollten der Ausschuss und der Rat entscheiden, welche Richtung bei den Schulformen eingeschlagen werde.

Frau Dietsch möchte gerne für die nächste Ausschusssitzung wissen, welche Veränderungen für die Schule Im Kleefeld geplant seien. Sie möchte gerne das Investitionskonzept sehen. Welche Fachräume würden hergerichtet bzw. saniert. Das NCG habe ein Musikprofil, welches erhalten bleiben solle.

Herr Dr. Miede stimmt Frau Dietsch zu. Zusätzliche Informationen seien nötig.

Herr Klein findet, ausschlaggebend für die Diskussion sei in erster Linie der Elternwille. Daher müsse zunächst die Befragung abgeschlossen sein. Ob die Meinung der Fraktionen, welche Schulform diese bevorzugen würden, wichtig sei, bezweifle er, da man ja für die Durchsetzung des Bürgerwillens im Ausschuss und Rat sitze und nicht für die Durchsetzung einer Fraktionsmeinung. In diesem Zusammenhang bedauere er, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB zum Runden Tisch nicht Eingang gefunden habe. Bei diesem Runden Tisch hätten sich viele betroffene Institutionen zu Wort melden können. Ebenso sei eine öffentliche Meinungsbildung der Bürger per Internet oder anderer geeigneter Form vorgesehen gewesen. Die Fraktion DIE LINKE./BfBB rege daher an, dass die Elternbefragung erst sehr spät im Jahr stattfinden solle, am besten im Dezember. Zu diesem Zeitpunkt seien die Elterngespräche mit den Klassenlehrern in den Grundschulen geführt worden und die Eltern könnten eine dezidierte Aussage bzgl. der zu wählenden Schulform machen.

Herr Dr. Miede weist Herrn Klein darauf hin, er könne den Antrag ja im Rat stellen.

Frau Beisenherz-Galas bittet für den nächsten Ausschuss um eine Aufschlüsselung der Sanierungskosten NCG. Die Zahlen seien in dieser Pauschalität nicht nachvollziehbar.

Frau Lehnert erklärt, sie sei gegen den Vorschlag von Herrn Klein, die Elternbefragung möglichst spät im Jahr zu machen. Wichtig sei aber auch, diese nicht in einem „Hauruck-Verfahren“ durchzuführen. Der Prozess solle in Ruhe durchschritten werden. Dies habe Auswirkungen auf alles, was danach passiere. Daher sei es schon sehr wichtig, Klarheit über den zu beschreitenden Weg zu bekommen.

Frau Scheerer erklärt, sie gehe davon aus, die Elternbefragung betreffe nicht nur den letzten Grundschuljahrgang, sondern auch die anderen Jahrgänge in der Grundschule. Für eine langfristige Planung, bei der es auch um die Frage Sekundarschule oder Gesamtschule gehe, könne man eigentlich nicht nur einen Jahrgang befragen.

Herr Dr. Speer erklärt das weitere Vorgehen. Adressaten des Fragebogens seien alle Eltern, die von einer Entscheidung weit reichend betroffenen seien. Daher würden alle Grundschulleitern befragt,

die für das Schuljahr 2013/2014 ff. in Frage kämen. Vor der Elternbefragung würden in vier Stadtbezirken Informationsveranstaltungen über die Schulformen stattfinden. Es werde durch einen Arbeitskreis, bestehend aus Pädagogen und ihm, für diese Informationsveranstaltungen auch ein Rahmenkonzept für eine Sekundarschule erarbeitet. Erst nach der Auswertung der Elternbefragung könne man sich der Frage der Schulform widmen. Die Elternbefragung solle noch vor den Sommerferien stattfinden. Nach den Sommerferien könne man dann in den weiteren Prozess eintreten. Für die Errichtung einer Sekundarschule sei ein Schulkonferenzbeschluss zwingend erforderlich. Danach erfolge der Beschluss des ABKSS und des Rates. Dann erst könne ein Antrag bei der Bezirksregierung gestellt werden. Die Bezirksregierung werde dann eine oder mehrere kommissarische Schulleitung einsetzen, die das Anmeldeverfahren für das Schuljahr 2013/2014 durchführen werden. Der Antrag bei der Bezirksregierung müsse bis zum 30.11.2012 für das Schuljahr 2013/2014 gestellt werden.

Herr Dr. Mieke fragt Herrn Dr. Kerschner, ob er seinen Antrag zurückziehe

Herr Dr. Kerschner erklärt, er wolle seinen Antrag nicht zurückziehen. **Die KIDinitiative sei aber mit einer Vertagung und einer späteren Behandlung im Zuge der anderen Beratungen einverstanden.**

Herr Klein findet, die Elternbefragung solle nicht nur über die Einführung der neuen Schulform Sekundarschule erfolgen, sondern sie solle die Eltern auch über die zukünftigen verschiedenen Möglichkeiten in Bergisch Gladbach informieren. Angesichts der großen Anzahl abgelehnter Schüler an der Gesamtschule und dem Vorhaben der Landesregierung die Eingangsgröße für die Errichtung einer vierzügigen Gesamtschule auf 102 zu senken, müsse man in der Befragung auch die Möglichkeit einer zweiten Gesamtschule eröffnen. Dies sei von wesentlicher Bedeutung für das Wahlverhalten der Eltern. Bezüglich des Termins der Befragung möchte er widersprechen. Er stelle den Antrag, die Ziffer 3 des Beschlussvorschlages anders zu formulieren. Er sei der Meinung, die Eltern sollten befragt werden, wenn es für sie wichtig geworden sei, d.h. die Frage der Schulwahl mit den Lehren besprochen worden sei. Die Elternbefragung solle daher zumindest sehr spät im Jahr stattfinden, am besten im Dezember. Eventuell solle das Ganze um ein Jahr verschoben werden. Auf Grund der Anmeldezahlen sehe er derzeit keinerlei Notwendigkeit, dies „übers Knie zu brechen“.

Herr Dr. Speer widerspricht Herrn Klein bzgl. des Zeithorizonts und erinnert an den Vortrag von Herrn Pütz mit der Darstellung der Schülerzahlentwicklung, den er für die Fraktionsvorsitzenden und die schulpolitischen Sprechern gehalten habe. Seiner Meinung nach könne man sich nicht zu viel Zeit lassen. Es bestehe Handlungsbedarf. Die Entscheidung zur Einführung einer neuen Schulform oder die Gründung einer weiteren Gesamtschule sei eine Entscheidung von weit reichender Bedeutung und erfordere eine Befragung von Eltern mehrerer Grundschuljahrgänge. Auf dem Informationsabend für die Eltern werde über alle Schulformen informiert. Ein Schwerpunkt liege natürlich bei der Information über die Sekundarschule, da diese eine neue Schulform sei. Den Fragebogen habe er derzeit leider nicht vorliegen. Er werde aber sofort an alle Ausschussmitglieder versandt. Es handele sich um einen offenen Fragebogen, in der alle Schulformen aufgeführt seien. Ziel sei es, die Elternbefragung noch vor den Sommerferien durchzuführen.

Frau Beisenherz-Galas erklärt, die Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen sei nicht gegen eine Befragung. Wenn man aber den Elternwillen berücksichtigen wolle, müsse man zur Kenntnis nehmen, dass die große Mehrheit der Eltern – so glaube sie - gegen eine Standortschließung sei. Denn diese Frage stehe im Raum und deren Entscheidung stehe noch aus.

Herr Klein erklärt, er habe als schulpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE./BfBB den Vortrag von Herrn Pütz gehört. Trotzdem könne er den zeitlichen Engpass, den Herr Dr. Speer hier darstelle, nicht erkennen. Eine Entscheidung bis November diesen Jahres herbeizuführen, weil die Schülerzahlen so dramatisch rückläufig seien, könne er nicht nachvollziehen. So weit reichende

Entscheidungen müssten nicht unbedingt in 2012 entschieden werden. Am NCG habe es einen Rückgang von 1,8 % gegeben. Bis es hier zu Schwierigkeiten käme, könne man hochgerechnet noch 10 Jahre weitermachen. Des Weiteren könne die Landesregierung durchaus in den nächsten Jahren die Schülerzahlen in den einzelnen Klassen herabsetzen. Woher nehme man dann den Platzbedarf, wenn eine Schule geschlossen worden sei. All diese Faktoren sollten in den Prozess einfließen und sorgfältig mit überlegt werden. Daher solle nichts in nur wenigen Monaten „übers Knie gebrochen“ werden, nur weil die Stadt Haushaltsprobleme habe und Betriebskosten eingespart werden sollten. Auch finde er, sollten bei der Betrachtung der Schülerzahlen nicht nur die Daten aus dem Einwohnermelderegister zu Grunde gelegt werden. Es gebe viele attraktive Wohnstandorte für junge Familien, die bei einem Zuzug die Bevölkerungszahl steigen lassen würden. All dies gibt es zu bedenken.

Frau Dietsch möchte auf den Beitrag von Frau Beisenherz-Galas eingehen, nach dem es der Elternwille sei, alles so zu lassen, wie es sei. Die Hauptschulen hätten kaum noch Schüler. Man müsse sich sehr wohl Gedanken über die Zukunft machen. Es gebe viele Möglichkeiten und über das kommende Konzept müsse man diskutieren. Es seien auch Kompromisse möglich, wie z.B. die Nutzung der Musikräume durch das NCG zusammen mit der Musikschule oder eine Schule mit zwei Standorten. Alles sei möglich. Aber man müsse über die Zukunft nachdenken und nicht die Augen verschließen mit dem Argument, der Elternwille sei, das Kind müsse unter den Bedingungen seinen Schulabschluss machen, unter dem es angefangen habe. Dies sei derzeit übrigens auch gegeben.

Frau Beisenherz-Galas entgegnet, es gehe um den demografischen Wandel und den Rückgang der Schülerzahlen an den Hauptschulen. Sie glaube, dass es sehr wohl eine andere Lösung gebe. Diese Hauptschulen könnten ja in eine Sekundarschule umgewandelt werden. Dafür müssten sie nicht ihren Standort verlassen und geschlossen werden.

Herr Dr. Miede bittet um Wortbeiträge zu Ziffer 3 der Beschlussvorlage und keine Diskussion über Schulformen zu führen.

Herr Dr. Miede lässt zunächst über den Antrag von Herrn Klein, die Elternbefragung im Dezember 2012 durchzuführen, abstimmen.

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB wird mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE./BfBB und einer Stimme aus den Reihen der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen bei keiner Enthaltung abgelehnt.

Herr Dr. Miede lässt dann über den Beschlussvorschlag Ziffer 3 abstimmen, die Elternbefragung vor Ende des Schuljahres 2012, spätestens bis zum 30. September 2012 durchzuführen.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport stimmt mehrheitlich bei einer Gegenstimme der Fraktion DIE LINKE./BfBB und zwei Enthaltungen aus den Reihen der Fraktion BÜNDNIS 90/Die Grünen für den Beschlussvorschlag Ziffer 3.

Herr Dr. Speer fragt Herrn Fischer, ob er mit einer Vertagung des Antrages der FDP Fraktion und einer Behandlung im Rahmen der folgenden Beratung zur Schulentwicklung einverstanden sei.

Herr Dr. Fischer erklärt, er sei damit einverstanden. Wichtig sei ihm, die zusätzlichen Informationen in Tabellenform zu erhalten. Ferner sei die Information wichtig, welche zusätzlichen Investitionsmittel benötigt würden, um die Schulen auf einen vergleichbaren Stand zu bringen. Auch hätten sie den Antrag gestellt, dass eine Bewertung der Räume vorgenommen werde, ob sie neu, in einem ordentlichen Zustand oder sanierungsbedürftig seien. Dies alles vor dem Hintergrund, dass, sollte eine Schule verlegt werden, sie die gleiche Qualität erhält und keine schlechtere.

7.1. Festlegung der Platzzahlen im Außerunterrichtlichen Angebot an den Offenen Ganztagsgrundschulen für die Schuljahre 2012/13 und 2013/14
0081/2012

Herr Dr. Speer berichtet über das Abstimmungsverhalten des Ausschusses für Stadtentwicklung, demografischen Wandel, soziale Sicherung, Integration, Gleichstellung von Frau und Mann (ASSG) in seiner Sitzung am 01.03.2012 und des Jugendhilfeausschusses (JHA) in seiner Sitzung am 06.03.2012. Der ASSG habe einstimmig den Beschluss gefasst, aus Gendergesichtspunkten dem Vorschlag der Verwaltung zuzustimmen. Der JHA habe mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE./BfBB für den Beschlussvorschlag der Verwaltung gestimmt, ergänzt um den Antrag der SPD-Fraktion, dass der steigenden Nachfrage zukünftig haushaltspolitisch Rechnung getragen werden müsse.

Frau Lehnert findet trotz guter Betreuungsquote und Bedarf der Eltern dürften die pädagogischen Konzepte nicht zu kurz kommen. Die Räume könnten nicht beliebig überbelegt werden. Für sie sei es wichtig, nicht „Masse vor Klasse“ zu haben, sondern man solle bei Klasse bleiben. Daher solle man auch einen Blick darauf haben, dass pädagogische wertvoll gearbeitet werden könne. Es komme nicht nur auf die Erfüllung der Quote an. Dies möchte sie keinen Falls unterstützen.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **mehrheitlich** gegen die Stimme der Fraktion DIE LINKE./BfBB und bei keiner Enthaltung folgende Beschlussempfehlung:

In den Schuljahren 2012/13 und 2013/14 werden bis zu 2.350 Plätze im Außerunterrichtlichen Angebot an den Offenen Ganztagsgrundschulen gemäß den städtischen Richtlinien gefördert. Dazu werden im Haushaltsjahr 2012 insgesamt 5.412.650 € (brutto) und ab dem Haushaltsjahr 2013 5.418.337 € (brutto) zur Verfügung gestellt. Der steigenden Nachfrage muss in der Zukunft haushaltspolitisch Rechnung getragen werden.

Er folgt somit der Beschlussempfehlung des Jugendhilfeausschusses vom 06.03.2012.

8. Haushalt 2012/2013
0129/2012

Herr Dr. Miede schlägt vor, die Beschlusslage an den Rat abzugeben und in dieser Sitzung die Sach- und Fachdiskussion zu führen. Die Vorlage werde somit als eine Mitteilungsvorlage im Sinne der Diskussion behandelt.

Seitens der Ausschussmitglieder wird hierzu kein Widerspruch geäußert.

Herr Dr. Miede tritt in die Diskussion ein.

Herr Mumdey erläutert den Grund für die Vorlage der aktuellen Änderungslisten für die Produkte Sportförderung und Sportstätten (Stand 12.03.2012) und die Änderungsliste für die Investitionsmaßnahmen (Stand 12.03.2012), die die Ausschussmitgliedern zu Beginn der Sitzung als Tischvorlage erhalten haben. Der Bürgermeister habe darum gebeten, die Wirtschaftlichkeit der bisherigen Lösung für das Stadion zu überprüfen. Sowohl das zentrale Controlling wie auch er selber hätten die Wirtschaftlichkeit einer Gesamtanierung in Eigenregie geprüft. Dieses Ergebnis sei dem bisherigen Plan - Stadionsanierung durch einen Verein und Zuschuss der Stadt an den Verein - gegenübergestellt worden. Eindeutiges Ergebnis sei, dass die Gesamtanierung in Eigenregie der Stadt wirtschaftlich vorteilhafter sei als eine Lösung über den Verein. Des Weiteren sei nach einem Antrag des SV Refrath auf Bau eines Kunstrasenplatzes im Sportplatz Steinbreche die Kieselrotsanie-

zung des Tennisplatzes erneut diskutiert worden. Nach verschiedenen Prüfungen und Entwicklung eines Modells analog dem Vorgehen in Bensberg habe der Bürgermeister die Entscheidung getroffen, diese Maßnahme in den Haushalt für 2013 aufzunehmen und die finanzielle Beordnung vornehmen lassen. Die Maßnahmenbeschlüsse müssten dann im ABKSS gefasst werden.

Herr Mömkes erklärt, die CDU-Fraktion begrüße die Entwicklung für den Sportplatz Steinbreche in Refrath außerordentlich. Es werde schon seit Jahren versucht, dem SV Refrath eine bessere Sportmöglichkeit zu bieten. Durch die Einstellung dieser Maßnahme in den Haushalt erhalte der Sportverein SV Refrath auch Planungssicherheit. Diese benötige er für die Bereitstellung eigener Mittel. Auch die Nachbarschaft werde sich über die Neugestaltung des Platzes sehr freuen, da die Belastung durch den Kieselrotplatz gerade in den Sommermonaten für diese sehr belastend gewesen sei.

Herr Neu möchte gerne wissen, wie nach der Sanierung die Verteilung der Übungszeiten im Stadion geregelt werde und ob Vereine, die bisher keinen Kunstrasenplatz hätten, dann auch Übungszeiten im Stadion bekommen würden.

Herr Mumdey antwortet, für das Stadion würden andere Voraussetzungen gelten, als bei den Kunstrasenplätzen, die durch die Vereine erstellt worden seien. Über die Vergabe werde die Stadt nach nachvollziehbaren Kriterien entscheiden. Die Verwaltung werde eine Vorlage fertigen.

Frau Beisenherz-Galas hat eine Frage zum Schulbereich, speziell zum Thema Schulbibliothek Paf-frath. Diese sei nicht in der Vorlage aufgeführt, gehöre aber in die Sparliste. Sie möchte hier gerne den Sachstand wissen. Sie interessiere u.a., welche Zuwendungen trotz der Kürzungen noch vorge-sehen seien und wo sie hierzu Informationen finde.

Herr Mumdey weist darauf hin, die Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen seien in den Haushalt eingearbeitet. Zu jeder Haushaltskonsolidierungsmaßnahme gebe es gemäß den gesetzlichen Vorga-ben eine entsprechende Erläuterung im Haushaltsplanentwurf (Anmerkung: Seite 25 bis 72). Sollte der Rat eine Haushaltskonsolidierungsmaßnahme durch eine andere ersetzen, werde dies entspre-chend eingearbeitet.

Herr Dr. Fischer bittet darum, für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses auf den Listen „Veränderungen bei den Investitionsmaßnahmen“ die Produktgruppen zu ergänzen, um diese zu-ordnen zu können. Bei der Liste z.B. mit den Investitionsaufträgen I 45013300 usw. sei ihm nicht klar, zu welcher Produktgruppe diese gehöre.

Herr Mumdey verspricht, die Listen entsprechend zu ergänzen.

Herr Kamp erklärt, die Refrather seien erfreut über die Nachricht, dass der Sportplatzes Steinbreche endlich saniert werde. Er beantrage aber noch, den Sportplatz Steinbreche zeitlich vor dem Stadion zu sanieren.

Herr Mumdey erklärt, dies sei auf Grund der Kieselrotproblematik nicht möglich. Diese Sanierung müsse erst noch beantragt werden. Auch müsse erst noch ein Trägermodell mit dem Verein ausgearbeitet werden. Auch dies benötige Zeit. Daher sei der Zeitplan so gefasst worden: in 2012 die Sa-nierung des Stadions und in 2013 die Sanierung des Sportplatzes Steinbreche.

Herr Kleine möchte gerne den aktuellen Sachstand zur Unterbringung der Stiftung Zanders – Pa-piergeschichtliche Sammlung (Produktgruppe Kulturförderung, Seite 45) wissen.

Herr Mumdey antwortet, die Stadt habe gemäß der Stiftungsurkunde die Verpflichtung der ange-messenen Unterbringung der Stiftung Zanders – Papiergeschichtliche Sammlung. Der Vertrag mit Herrn Zanders über die Unterbringung der Stiftung Zanders im Kulturhaushaus Zanders sei im Jah-

re 2010 ausgelaufen. Der Vertrag sei nicht verlängert worden angesichts der Höhe der Kaltmiete und der Nebenkosten. Dies habe der Rat vor 2009 als Haushaltssicherungsmaßnahme bereits beschlossen gehabt. Derzeit gebe es einen vertragslosen Zustand. Gespräche mit Herrn Zanders hätten zu keiner Lösung geführt. Der Bürgermeister verfolge derzeit zwei Lösungsansätze. In der Diskussion sei die Unterbringung der Stiftung Zanders in Räumlichkeiten des Werkes M-Real Zanders oder im früheren Gebäude Krantz-TKT. Es gehe davon aus, dass in Kürze eine Lösung gefunden werde.

Herr Kleine spricht weiter die Erweiterung Öffnungszeit der Stadtbücherei an (Produktgruppe Stadtbücherei, Seite 46). Er möchte gerne wissen, ob die Öffnungszeit um 1 Stunde täglich erweitert werde oder um eine Stunde pro Woche.

Herr Dr. Speer erklärt, die Öffnungszeit werde freitags um eine Stunde bis 19:00 Uhr ausgedehnt, da an diesem Tag eine höhere Frequenz erwartet werde.

Weiterhin möchte Herr Kleine wissen, welche Maßnahmen zur Renovierung der Räumlichkeiten Villa Zanders geplant seien; 25.000 € seien dafür veranschlagt (Produktgruppe Kunst- und Kulturbesitz, Seite 49).

Frau Dr. Oelschlägel erläutert, die Eröffnung der Villa Zanders als städtische Galerie liege nun 20 Jahre zurück. Besonders die Räume im Erdgeschoss seien intensiv genutzt worden. Vor allem gehe es um eine Erneuerung / Renovierung der Wandbeläge und –bespannungen sowie der Holzvertäfelungen im Roten und Grünen Salon wie auch im Wintergarten und Treppenhaus. Auch sei der Anspruch auf vorzeigbare Räume erhöht, gerade bei den angehobenen Nutzungsgebühren, die sehr gut angenommen worden seien.

Herr Dr. Miede spricht die seiner Meinung nach unsachgemäß angebrachten Bilder im Roten Salon an. Frau Dr. Oelschlägel erklärt, er meine sicher die Befestigungen von Gemälden anderer Ausstellungen. Es sei sehr problematisch in diesem Bereich überhaupt zu wechseln. Sie möchte gerne eine generelle Neupräsentation im Erdgeschoss vornehmen. Die Befestigung der Bilder müsse dann gut überlegt sein.

Herr Kleine möchte abschließend wissen, wo er die erhöhte Landeszuweisung VHS finden könne und was es mit den 400.000 € für Betriebs- und Geschäftsausstattung Schulen allgemein (Seite 58) auf sich habe. Ihn interessiere, für welche Schulen diese vorgesehen sei.

Herr Dr. Speer erklärt, die erhöhte Landeszuweisung VHS sei eine Haushaltskonsolidierungsmaßnahme und im Haushalt im Haushaltssicherungskonzept unter der laufenden Nr. 4.430.11 (Seite 51 des Haushaltsplanentwurfes) zu finden. Bei den 400.000 € BGA Schulen allgemein handele es sich um Mittel, die vom investiven Bereich in den Bereich Aufwand umgeschichtet worden seien, da es sich hier gemäß NKF um konsumptive Ausgaben handele.

Herr Mömkes möchte gerne den Punkt Stiftungen noch einmal ansprechen. Er bittet Herrn Mumdey, die Villa Zanders als weiteren Standort für die Unterbringung Stiftung Zanders in die Prüfung und Diskussion mit aufzunehmen. Auch sollten die Standorte M-Real Zanders und Villa Zanders auf Grund des Bezuges zur Familie Zanders vorrangig geprüft werden.

Herr Mumdey teilt mit, diesen Standort habe er selber auch schon einmal in der Überlegung gehabt. Es würden bei Stiftungen nur ein Teil der Exponate ausgestellt und die übrigen Exponate eingelagert. Diese Exponate könnten auch in der Villa Zanders ausgestellt werden. Er werde dies dem Bürgermeister noch einmal unterbreiten.

Herr Dr. Fischer weist darauf hin, die FDP-Fraktion habe Anträge eingereicht und Fragen zum Haushalt geschickt, die noch nicht beantwortet worden seien. Eine Frage habe sich auch auf die Stadtbücherei bezogen. Die Aufwendungen bzw. das Ergebnis habe sich hier im Verhältnis zu dem erwarteten Ergebnis 2011 deutlich erhöht. Hierzu möchten man gerne Erläuterungen haben. Auch habe die FDP eine Kürzung des angegebenen Ansatzes vorgeschlagen. Er möchte dies gerne im Haupt- und Finanzausschuss im Detail behandeln.

Herr Mumdey verspricht, dies zu prüfen.

Herr Dr. Miede erklärt, er sei mit der Haushaltskonsolidierungsmaßnahme „Reduzierung des Fehlbedarfs durch den erhöhten Landeszuschuss i.H.v. 40.000 € nicht einverstanden. Dies werde die SPD-Fraktion auch in den Haushaltsberatungen deutlich machen. Die Mittel würden für zusätzliche Kurse, für Integrationskurse und für den eigenen Hauptschulabschlusskurs benötigt, da die Zusammenfassung von Hauptschul- und Realschulabschluss zu keinem positiven Ergebnis geführt habe.

Herr Mömkes spricht noch einmal die Öffnungszeiten der Stadtbücherei an. Vor einigen Jahren habe der Ausschuss beschlossen, dass die Stadtbücherei statt am Montagvormittag am Samstagvormittag öffnen solle. Dies sei bis heute nicht umgesetzt worden. Er mahne die Realisierung an.

Herr Dr. Miede schließt die Diskussion.

9. Aufhebung der HSK Maßnahme 4.450.3 "Übertragung der Trägerschaft für die Galerie Villa Zanders"
0112/2012

Herr Klein möchte gerne wissen, warum die Aushebung der HSK-Maßnahme gesondert beschlossen werden müsse. Der Rat habe schon viele Sachen beschlossen, die nicht unmittelbar ausgeführt worden seien.

Herr Mumdey erläutert, die Verwaltung könne nicht eigenmächtig eine vom Rat beschlossene Haushaltskonsolidierungsmaßnahme aufheben. Beschlossene HSK-Maßnahmen müssten umgesetzt und via Controlling nachgehalten werden. Sei eine HSK-Maßnahme nicht umzusetzen - wie in diesem Fall - müsse diese formal durch den Rat aufgehoben werden. Die Kommunalaufsicht sei entsprechend zu informieren.

Herr Neu möchte noch gerne wissen, wie das nicht realisierte Einsparpotential von zurzeit 48.658 € (letzter Absatz der Vorlage) kompensiert werden könne.

Herr Mumdey erklärt, die fehlende Umsetzung einiger HSK-Maßnahmen sei durch andere korridorrelevante Maßnahmen ersetzt worden. Diese seien im letzten Jahr in einer Sondersitzung beschlossen worden.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** bei einer Enthaltung der Fraktion DIE LINKE./BfBB folgende Beschlussempfehlung:

Die HSK Maßnahme 4.450.3 „Übertragung der Trägerschaft für die Galerie Villa Zanders“ wird aufgehoben.

10. Abschluss einer Vereinbarung mit der NRW Stiftung zur Nutzung des Anbaus am Schulmuseum Katterbach

0113/2012

Herr Dr. Speer erläutert die Vorlage.

Herr Klein hat noch eine Anmerkung zu § 3 der Vereinbarung. Danach verpflichtete sich die Stadt, bei einem Verstoß gegen § 2 dieser Vereinbarung den Zuschussanteil von 95.000 € der NRW-Stiftung unverzüglich zurückzuzahlen. Er finde die Formulierung nicht eindeutig, da in § 2, auf den sich der § 3 beziehe, der Förderverein der Ansprechpartner sei.

Herr Dr. Speer erklärt, dies sei eine Regelung zwischen der Stadt Bergisch Gladbach und der NRW-Stiftung. Die NRW-Stiftung möchte sicherstellen, dass die bereitgestellten Mittel nur für Stiftungszwecke benutzt werden. Sollte der Förderverein sich z.B. auflösen, gehe die Verpflichtung an die Stadt zurück. Dies sei aber auch im Trägerschaftsvertrag mit dem Förderverein geregelt.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** bei keiner Enthaltung folgende Beschlussempfehlung:

Der Rat ermächtigt die Verwaltung, anhängende Vereinbarung mit der Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege („NRW-Stiftung“) abzuschließen.

11. Annahme einer Schenkung 0133/2012

Frau Dr. Oelschlägel erklärt, bei der Schenkung handele es sich um zwei Portraits, die den Bergisch Gladbacher Maler Johann Wilhelm Lindlar und seine Gattin darstellten. Die Portraits seien dem Museum angeboten worden. Sie seien kunsthistorisch nicht so bedeutsam, hätten aber stadtgeschichtlich große Bedeutung.

Herr Dr. Miede dankt dem Spender im Namen des Ausschusses für die Schenkung.

Auf Nachfrage von Herrn Mömkes, warum diese Portraits von stadtgeschichtlicher Bedeutung seien, erklärt Frau Dr. Oelschlägel, er gebe kein anderes Portrait von Johann Wilhelm Lindlar. Er sei ein bedeutsamer Bürger für die Stadt und die Stadtgeschichte gewesen; ferner sei eine Straße nach ihm benannt. Daher habe sie diese Portraits gerne angenommen.

Der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport fasst **einstimmig** bei keiner Enthaltung folgende Beschlussempfehlung:

Die Schenkung wird angenommen. Herrn Joseph Schex soll der herzliche Dank der Stadt übermittelt werden.

12. Anträge der Fraktionen

12.1. Antrag der Fraktion Die Linke/BfBB zur "Durchführung einer Befragung zum Elternwillen und Bedarf von Gesamtschulen und die Auswirkungen der Schulpfehlungen"
0132/2012

Der Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB wurde wegen Sachzusammenhangs unter Tagesordnungspunkt A7 behandelt.

12.2. Antrag der Fraktion KIDitiative zur Schulentwicklung
0146/2012

Der Antrag der Fraktion KIDitiative wurde wegen Sachzusammenhangs unter Tagesordnungspunkt A7 behandelt.

12.3. Antrag der Fraktion KIDitiative zu den Schulformen
0147/2012

Der Antrag der Fraktion KIDitiative wurde wegen Sachzusammenhangs unter Tagesordnungspunkt A7 behandelt.

13. Anfragen der Ausschussmitglieder

Frau Scheerer möchte gerne wissen, warum die IGP mit ihren 1.400 Schülern in der Statistik Tabelle 2 auf Seite 15 (Top A7) nicht berücksichtigt worden sei. Bei einer Berücksichtigung sei der Rückgang geringer als minus 2 %. Ferner würden laut Kostenaufstellung der Verwaltung die Sanierungskosten für das NCG rund 12 Mio. Euro betragen. Laut Gegenrechnung der Schulpflegschaft des Nicolaus-Cusanus-Gymnasiums lägen diese bei ungefähr 7,5 Mio. Euro. Sie möchte gerne wissen, ob es bereits ein Gespräch mit der Schulpflegschaft bzgl. der Diskrepanz der Zahlen gegeben habe. Des Weiteren möchte sie gerne eine Aufstellung über die Sanierungskosten im Kleefeld haben. Zuletzt möchte Sie gerne wissen, ob es für die auswärtigen Schüler aus z.B. Kürten, Köln, Overath eine Ausgleichszahlung zwischen den Gemeinden gebe. Und wenn nein, warum nicht.

Herr Mumdey erklärt, die Verwaltung werde am 20. März um 19:00 Uhr im Bergischen Löwen eine Informationsveranstaltung zu den Themen Schülerzahlen, Sanierungskosten und Haushalt durchführen.

Frau Beisenherz-Galas verweist auf ihre Frage zur Bibliothek Paffrath unter TOP A8 hin. Sie möchte gerne schriftlich ihre Frage zum Sachstand der Haushaltskonsolidierungsmaßnahme bzgl. der Stadtteilbibliothek Paffrath beantwortet haben.

Frau Winkels möchte gerne wissen, warum der Stadtverband für Entwicklungszusammenarbeit für seine Tagungen im Ratssaal Rathaus Bergisch Gladbach Miete entrichten müsse.

Die Anfrage wird schriftlich beantwortet.

Frau Bischoff möchte gerne wissen, ob und wann die städtische Fossilienammlung aus den Vitrinen im Bergischen Löwen abgeholt werde.

Die Antwort wird schriftlich beantwortet.

Herr Klein hat ebenfalls eine Anfrage zum Thema Sanierung NCG. Das vom Architekten vorgelegte so genannte Sanierungskonzept enthalte im Grunde genommen kein ausgiebiges Zahlenwerk. Herr Mumdey habe nun erklärt, bei der Veranstaltung würde es einen Vortrag zu den Sanierungskosten geben. Er bitte um eine Zusendung einer Zusammenfassung der Kosten vor der Veranstaltung. Ferner frage er, warum bereits bestehende Berechnungen erst nach den Diskussionen an die Fraktionen verteilt würden und nicht schon vorher. So könne man sich vor der Veranstaltung damit auseinandersetzen und durchdachte Fragen stellen.

Herr Mumdey erklärt, die Veranstaltung sei zur Information der Öffentlichkeit gedacht. Die Fraktionen bekämen Vorlagen und hätten u.a. Akteneinsichtsrechte.

Herr Klein entgegnet, es bestehe Diskussionsbedarf. Es gebe unterschiedliche Angaben zur Höhe der Sanierungskosten. Auch die Fraktion Die LINKE./BfBB möchte gerne wissen, wie die Verwaltung auf 12 Mio. € Sanierungskosten für das NCG komme. Dies sei bisher nicht offen gelegt worden. Für eine Diskussion in der nächsten Ausschusssitzung solle die Aufstellung über die Sanierungskosten vorher an die Fraktionen gesandt werden. Schön wäre es, dieses Zahlenwerk noch vor der Informationsveranstaltung am 20. März zu erhalten, da diese Aufstellung ja vorliege.

Herr Kleine möchte ebenfalls gerne wissen, warum es so hohe Unterschiede bei den Berechnungen der Sanierungskosten gebe. Eine mögliche Erklärung könnte doch sein, dass Private evtl. kostengünstigere Angebote einholen könnten und sich nicht an öffentliche Ausschreibungsverfahren halten müssten. Auch er würde sich über frühzeitige Informationen freuen.

Herr Mumdey weist darauf hin, dass es zur entscheidenden Sitzung eine Vorlage geben werde, die alle Fakten enthalte. Diese könnten die Fraktionen hinterfragen. Weiterhin gebe es die Möglichkeit, bei Herrn Martmann und Herrn Schmickler Fragen zu stellen.

Auf Rückfrage von Herr Klein, ob es möglich sei, den Ausschussmitglieder eine Aufstellung über die Sanierungskosten i.H.v. 12,5 Mio € für das NCG zukommen zu lassen, antwortet Herr Mumdey, dies sei möglich.

Herr Dr. Miede schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

Dr. Wolfgang Miede
Vorsitzender des Ausschusses
für Bildung, Kultur, Schule und Sport

Dr. Lothar Speer
Fachbereichsleiter

Petra Weymans
Schriftführerin